

Steuern zahlen und schweigen?

Dazu führt die Vorlage:

- höhere Steuern und Schulden
- mehr Bürokratie
- grössere Verwaltung
- Abbau von Volksrechten u. Demokratie
 - mehr Macht und Geld für Politiker
- weniger Mitspracherechte für das Volk

Darum am 30. November



NEIN

zur sogenannten

“Reform von Behörden und Verwaltung”

Volksabstimmung vom 30. November 2003

Achtung Etikettenschwindel: Millionen zahlen und Volksrechte verlieren?

Die „Reform von Verwaltung und Behörde“ gefährdet Demokratie und gesunde Finanzen: Mehr Bürokratie, höhere Steuern und grössere Schulden drohen! Das Volk soll dazu schweigen.

Etikettenschwindel beim Stadtrat: Mehr Lohn für weniger Köpfe!

Die Verkleinerung des Stadtrates ist ein Etikettenschwindel. Zwar sollen es nur noch 5 statt 7 Stadträte sein. Die Anzahl Stellenprozente bleibt mit 440 Prozent aber unverändert. Es wird kein Rappen an Kosten eingespart und die Stadt-Regierung wird kein bisschen schlanker. Der gleiche Lohn von 7 Stadträten verteilt sich dadurch einfach auf weniger Köpfe. Zusätzlich sollen mit der Umstrukturierung neue Stellen in der Verwaltung geschaffen werden. Bürokratie und Kosten steigen. Viele Städte von gleicher Grösse wie Wil kennen wesentlich bessere Lösungen.

Mehrkosten sind vorprogrammiert!

Heute ist ein effizienter Umgang mit begrenzten Steuermitteln gefragt. Nur so können Defizite abgebaut und Steuern gesenkt werden. Mit der Reform wird nicht gespart. Im Gegenteil: Neue, undurchsichtige Strukturen schaffen massive Mehrkosten in der Verwaltung. Und die faktische Ausschaltung der Volksmeinung zur Ausgabenpolitik der Stadt führt zu einem gefährlich lockeren Umgang mit unserem Steuergeld.

Die Reform geht am Volk vorbei:

In einer Umfrage vom 19.12.02 der "WilerZeitung" sprechen sich 81,5% gegen eine Erhöhung der Finanzkompetenzen für Politiker aus. Die "WilerZeitung" schrieb dazu: "Es zeichnet sich ein Trend ab: Wo es um Einschnitte bei den Rechten und Kompetenzen der Bürgerschaft geht, spielt jene nicht mit!". Auch Mosnang nahm eine Volksinitiative zur Senkung der Finanzkompetenzen für Politiker deutlich an. In Speicher lehnte das Volk eine Erhöhung der Finanzkompetenzen klar ab. Mit gutem Grund! Wer lässt sich schon freiwillig seine Mitspracherechte nehmen?

Wer eine echte Reform will, die die Politik wirklich schlanker macht und keine Volksrechte abbaut, stimmt

NEIN

am 30. November



Volksrechte werden ausgeschaltet!

Bei den Finanzkompetenzen - also den Mitspracherechten zu sämtlichen Ausgaben der Stadt Wil - spricht man von einer "Verdoppelung der Finanzkompetenzen von Parlament und Stadtrat". Das bedeutet aber gleichzeitig, dass die Mitspracherechte des Volkes halbiert werden! Die hohen Politiker sind der direkten Demokratie und der Volksrechte überdrüssig. Denn sie wollen nicht länger, dass das Volk das letzte Wort hat. So können hohe Politiker ungehindert unser Geld ausgeben.

Das Volk soll nicht mitbestimmen können, wofür und wie viel Steuergeld ausgegeben wird. Diese massive Beeinträchtigung der Demokratie entzieht die Stadt ausgaben der Bürger-Kontrolle. Das führt zu weiteren unnötigen Ausgaben.



Machtverschiebung vom Volk zu wenigen Politikern!

Der Stadtrat will für wenige Politiker mehr Macht und dafür viele entmachten. Die Bevölkerung müsste mit der jetzigen Reform einen massiven Verlust an Einflussnahme, Demokratie und Mitbestimmungsrechten hinnehmen und dafür auch noch zahlen. Diese Bürgerfeindlichkeit schadet allen!

Folgen von zu hohen Finanzkompetenzen für Politiker:

Das Referendumskomitee "Ausgabenbremse für Hilfe am falschen Ort" reichte 600 gültige Unterschriften gegen die riesigen Zahlungen von unserem Steuergeld ins wohlhabende, ausländische "Dobrze Wielki" ein. Die Unterzeichner wollten damit eine Volksabstimmung über diese Zahlungen erreichen. Das grosse Anliegen wurde mit der Begründung abgelehnt, die Finanzkompetenzen des Volkes seien zu gering. Wiler Steuergeld fliesst weiter ungehindert nach Polen. Mit der neuen Regelung der Finanzkompetenzen würden solche Fälle der Missachtung des Volkswillens zur Regel.

Wir zahlen und schweigen - die Politik gibt noch mehr aus und bestimmt wofür.

Kontakt:

Überparteiliches, bürgerliches
Komitee zur Wahrung der Volksrechte
Postfach 569
9501 Wil
Mail: demokratie.wil@schweiz.org
PC-Konto: 90-724162-3
Präsident: Lukas Reimann

